

Haushaltsrede 21.2.2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

dies ist der dritte städtische Haushalt, der auf der Doppik beruht. Zum Einen muss festgehalten werden, dass durch die Zusammenfassung in riesigen Haushaltspositionen die Transparenz für die Stadträte im Einzelfall doch sehr gering ist. Wir wissen zwar jetzt die Höhe der Abschreibungen, aber es war doch schon vorher klar, dass diese nicht erwirtschaftet werden können. Selbst die Verwaltung tut sich mit der Umsetzung der doppelten Buchführung trotz aller aner kennenswerten Bemühungen noch schwer. Dies hat sich insbesondere bei der Beratung bei Detailfragen gezeigt, die oft nur mit dem pauschalen Hinweis auf Umbuchungen beantwortet werden konnten. Interessanterweise hat sich inzwischen auch der Städtetag zur Anwendung der Doppik geäußert. Danach ist die Anwendung der Doppik für Ludwigshafen allein schon deshalb nahezu unmöglich, weil Unternehmen in vergleichbarer finanzieller Lage schon längst liquidiert und abgewickelt worden wären, da die Betriebswirtschaft für solche Konstellationen keine Modelle vorsieht. Die finanzielle Lage der Stadt bleibt katastrophal und das Schlimme darin ist, dass auch für die Zukunft keinerlei Besserung in Sicht ist, sieht man einmal von dem geplanten Entschuldungsfonds ab, der an den bekannten strukturellen Problemen keinerlei Verbesserungen mit sich bringen wird.

Natürlich trifft zu, dass sich durch die Bundesgesetzgebung sowohl durch Aufgabenübertragung als auch durch steuerpolitische Änderungen immer wieder erhebliche Verschlechterungen ergeben. Auch kritisieren wir die Landesregierung für die desolate Finanzausstattung der Oberzentren. Es ist schon ein Riesenskandal wenn Ludwigshafen fast 30 Millionen Euro an Gewerbesteuerumlage - aus Krediten finanziert - an das Land ~~Abfordern~~ **Abfordern** wir diese Ausführungen schon seit 10 Jahren bei jeder Haushaltsdebatte hier im Rat - geändert hat sich nichts Entscheidendes. Es wurde hier im Rat sogar schon einstimmig eine Resolution an die lokalen Ludwigshafener Abgeordneten im

Europaparlament, dem Bundestag und dem Landtag verabschiedet - ohne jeden Erfolg. Ich zumindest habe keinerlei Antwort vernommen.

Tatsächlich wäre der einzig richtige Weg, dass jeder Ludwigshafener Abgeordnete, gleich welcher Partei und Parlament einen Haushalt, der die jetzige Finanzlage Ludwigshafens verschärft , rigoros ablehnt !

Dies erscheint mir aber aufgrund des alles beherrschenden Fraktionszwangs innerhalb der Parteien sehr schwer umsetzbar zu sein. Ich appelliere daher an alle Ludwigshafener Abgeordneten: Beginnen Sie endlich wieder auf Ihr Gewissen statt ihre Partei zu hören !!!

Denken Sie aber auch an den immer härter werdenden Verteilungskampf zwischen dem flachen Land und den Städten. Weder das Land noch der Bund haben aufgrund halbherziger Sparmaßnahmen genug Geld, weshalb die vorhandenen finanziellen Mittel anders verteilt werden müssen. Es geht jedoch nicht an, dass die Städte dauerhaft benachteiligt werden, weil im Landtag Rheinland-Pfalz die Abgeordneten der Landgemeinden in der Mehrheit sind.

Die ungleiche Situation zeigt sich in vielen Bereichen:

So liegt der Anteil der Leistungsberechtigten mit Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitssuchende in der Stadt Ludwigshafen bei 14 Prozent, im Rhein-Pfalz Kreis bei 4,1 Prozent. Auch hält die Stadt sehr viele Einrichtungen vor, die von auswärtigen Bürgern genutzt werden. Beispielsweise wird liegt der Anteil der auswärtigen Besucher des Hack-Museums bei etwa 90 Prozent.

Problematisch ist auch die demographische Entwicklung in unserer Stadt. Während es nur einen geringen Rückgang der Gesamteinwohnerzahl zu beobachten gibt, haben bei den Neugeborenen inzwischen knapp 60 Prozent Eltern mit Migrationshintergrund. Fast umgekehrt sieht es jedoch bei den Sterbefällen aus, hier sind etwa 90 Prozent der Verstorbenen ausschließlich Deutsche.

Es wird eine der zentralen Zukunftsfragen unserer Stadt sein, wie wir die neugeborenen Kinder und Jugendlichen trotz teilweise unterschiedlichen politischen und religiösen Weltanschauungen in unsere Gemeinschaft integrieren und sie so ausbilden, dass sie aktiv am Berufsleben teilnehmen können. Gleichzeitig muss die Bildung von Parallelgesellschaften aufgehoben und dauerhaft vermieden werden.

Daher wiederhole ich unsere alte Forderung nach der Umwandlung der Kindergärten in Vorschulen. Dies bedeutet: Pflichtbesuch ab dem dritten Lebensjahr, sowie dauerhaft keine Elternbeiträge mehr, was die Freien Wähler schon 2004 eingefordert haben und von Kurt Beck - trotz anfänglicher Vorbehalte - ab 2007 schließlich doch umgesetzt wurde. Zusätzlich müssen Erzieherinnen bessere Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten erhalten. Frankreich macht uns dies bereits vor. Seit 2004 wurden wir hier im RAT von den Fraktionen von CDU und SPD ins Reich der Fantasie verwiesen. Jetzt gerade im Landtagswahlkampf scheint ja sogar für die CDU die Einsicht gereift, dass wir zu Vorschulen kommen müssen. Natürlich wird sich auch die Schullandschaft anpassen müssen. Es müssen für alle Schülerinnen und Schüler die passenden Angebote vorhanden sein, die nicht durch einen stetigen Ausfall von Schulstunden ineffektiv werden dürfen. Obwohl die Freien Wähler die integrierten Gesamtschulen favorisieren, werden wir auch weiterhin die Einführung des geplanten G 8 mit Ganztagschule unterstützen. Die Grünen haben 30.000 Euro für Hausaufgabenhilfe für Schüler mit Migrationshintergrund beantragt, wir schließen uns dieser Forderung an, jedoch meinen wir dass diese Hilfe unabhängig von der Nationalität gewährt werden muss, da allen Schülern mit Problemen geholfen werden muss.

Abgeschlossen ist wohl die Sanierung des Pfalzbaus, der städtische Zuschuss an die LUKOM ist zunächst mit vier Millionen Euro festgeschrieben. Im Gegensatz zu den vollmundigen Ankündigungen vor der Sanierung, haben sich die Betriebskosten enorm erhöht. Hier sehen wir das große Problem, dass Veranstellern der Pfalzbau zu teuer geworden ist. Wird er jedoch billiger vermietet, steigt wiederum der städtische Zuschussanteil. Hinzu kommt, dass mit der abgeschlossenen Sanierung des Feierabendhauses weitere Konkurrenz hinzu kommt. Auch die

Konkurrenz hinzu kommt. Auch die Zusammenarbeit mit der m:con aus Mannheim, die Kongresse nach Ludwigshafen holen sollte, hat sich offensichtlich nicht positiv entwickelt. Wir befürchten daher sogar noch höhere Kosten. Im Gegensatz zu den Angaben vor der Sanierung sehen wir hier als Folge der Sanierung keine Möglichkeit die Kürzung des Defizitausgleiches von 200.000 Euro vorzunehmen, wie dies von den Grünen beantragt wurde.

Als völlig unbefriedigend sehen wir die Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen im Pfalzbau an. Wenn nach einer solch teureren Sanierung - allein für Brandschutz wurden 5 Millionen Euro ausgegeben- im Gegensatz zu anderen Städten die Bühne nicht vom Publikum genutzt werden kann, beim Abschrecken eines Bratens durch den Koch die automatische Brandmeldeanlage anspringt, und im Foyer keine Nebeldisco betrieben werden kann, scheint die Brandschutztechnik trotz der aktuellen Sanierung nicht sinnvoll bzw. an den Nutzerwünschen vorbei geplant zu sein. Nachdem in der Schulverwaltung 2011 4,6 Millionen Euro für Gefahrenverhütungsschauen und in den nächsten drei Jahren 6,4 Millionen in den Brandschutz investiert werden sollen, sowie in der Vergangenheit bereits mehrere Millionen dafür ausgegeben wurden, stellt sich uns natürlich die Frage nach der Qualität und Sinnhaftigkeit der sehr teureren Brandschutzmaßnahmen. Wir treten hier zukünftig für eine bessere Überwachung und Kontrolle der Planungen ein.

Beim Theater wird gemäß den Vorgaben der ADD über Preiserhöhungen versucht wirtschaftlicher zu arbeiten. Wir wollen nicht die künstlerische Freiheit einschränken, erwarten aber dennoch ein wirtschaftlicheres Vorgehen. So wurde schon vor Jahren bei der McKinsey Initiative festgestellt, dass Tanz- und Tourneetheater gute wirtschaftliche Ergebnisse bringen würden. Zumindest in Teilbereichen sollte hieran gearbeitet werden. Auch fragen wir uns, warum für manche Veranstaltungen mehr als 10 Prozent Freikarten ausgegeben werden. Angesichts der Haushaltsslage halten wir dies für nicht mehr vertretbar.

Wir beantragen daher eine Erhöhung der Einnahmen beim Theateretat um weitere 20.000 Euro, also das doppelte der

Benchmarkliste. Wir denken dies ist auch in diesem Jahr durch verbesserte Angebote noch machbar! Vom Prinzip tragen wir auch den FDP Antrag hierzu mit, allerdings gehen wir davon aus, dass eine Umsetzung in Höhe von 80.000 Euro für die Verwaltung in diesem Jahr nicht möglich ist. Selbstverständlich treten wir auch dafür ein, dass in den Folgejahren höhere Erträge erzielt werden.

Auch im Bereich der Förderung des Filmfestivals treten wir mittelfristig für eine Reduzierung des städtischen Zuschusses ein, ohne den Fortbestand des Festivals gefährden zu wollen. Das Festival ist ein absolutes Highlight und eine größere Bereicherung für Ludwigshafen. Unverständlich erscheint der FWG die aber weiterhin ausbleibende Landesförderung. Vom Veranstalter wurde die Stadt gebeten einzuspringen, da er befürchtete der Hauptsponsor könnte irgendwann abspringen, dies ist jedoch überhaupt nicht abzusehen. Mittel- und langfristig muss daher der Zuschuss der Stadt zurückgefahren und dann ganz eingestellt werden.

Das Willersinnfreibad wird erst nach der Badesaison 2012 saniert. Die Sanierung besteht zunächst in erster Linie aus dem Neubau eines 50 m Freibeckens. Dies ist auf Dauer die wirtschaftlich schlechteste Lösung. Die Kosten für Unterhalt und Betrieb eines solchen Beckens sind sehr unwirtschaftlich. So plant beispielsweise Schwetzingen die Schließung seiner Freibecken incl. des 50 m Beckens, da der Betrieb wirtschaftlich nicht vertretbar ist. Auch in Rülzheim ergab sich im vergangenen Jahr die gleiche Lage.

Ludwigshafen hat in vielen Bereichen mit finanziell schwierigen Strukturen zu kämpfen. Jetzt wird durch diese Sanierung erneut ein dauerhaft hoher Zuschussbetrieb geschaffen, der zur Zeit etwa 3,3 Millionen Euro im Bäderbereich beträgt. Wir appellieren daher an die Verantwortlichen alle Möglichkeiten gemeinsam mit dem Land und auch ev. privaten Investoren zu prüfen eine finanziell dauerhaft günstigere Lösung beispielsweise mit einem Kombibad zu schaffen.

Für den Aus- und Umbau der Hohenzollernstraße sind erst 2012 und 2013 Mittel veranschlagt. Nach den Beratungen im Hauptausschuss ist entgegen den Aussagen von der Verwaltung im Ortsbeirat Friesenheim nun doch nicht zu erwarten, dass sich die Stadtspitze auf einen verbindlichen Starttermin für die Ausbauarbeiten festlegt. Laut Investitionsplan der

festlegt. Laut Investitionsplan der Stadtentwässerung sollen aber demnächst die Rohrleitungen erneuert werden, da dies dringend geboten ist. Der Bürger und insbesondere die betroffenen Geschäftsleute werden jedoch kaum Verständnis dafür aufbringen, wenn hier zunächst das Abwassersystem und dann wenig später die Straße saniert wird. Hier sollte überprüft werden, ob dies nicht zusammen erfolgen kann.

Wir haben gemeinsam mit den Grünen den behindertengerechten Umbau der Haltestelle Klinikum und die Schaffung einer Fußgängerampel zwischen Klinikum und Neupostolischer Kirche gefordert. Sollte sich der Ausbau der Hohenzollernstrasse verzögern, fordern wir diese Maßnahmen vorzuziehen, um gehbehinderten, älteren Menschen den Weg von und zum Klinikum zu erleichtern.

Nun zu einem weiteren aktuellen Thema:

Mit der Sanierung der Altlast unter dem ehemaligen Metrogelände wird jetzt auch begonnen. Die ansonsten groß beschworene Einigkeit innerhalb der großen Koalition zeigt bei diesem Thema deutliche Risse.

Tatsächlich handelt es bei der beschlossenen Maßnahme um die reine Abdichtung, die rechtlich als Sanierung gilt. Hier liegt damit auch die SPD in der Gartenstadt falsch, die von der Abdichtung als nur einen ersten Schritt ausgeht. Auch die CDU will den Bürgern in dem vor wenigen Tagen verteilten Flugblatt Sand in die Augen streuen.

Sollte von der SGD das Vorhaben wie beschlossen genehmigt werden, sehen die übergeordneten Behörden keine Gründe mehr für eine weitere Sanierung. Da in einem Teilbereich sich relativ hohe Konzentrationen von Lindan befinden, auch etwa 50 cm vom Grundwasser entfernt, hätten wir mit Rücksicht auf die Kosten sehr gerne eine Sanierung gerade in diesem Teilbereich gesehen. Was passiert, wenn tatsächlich die Überwachungsbrunnen eine Veränderung erkennen lassen, ist vollkommen unklar. Allen hier sind die Bemühungen bei der Sanierung der Altlasten unter dem Raschig-Gelände bekannt. Diese Sanierung läuft seit über 10 Jahren ohne abschließendes Ergebnis. Wie dem Haushalt zu entnehmen ist, waren bisher 10,5 Mio Euro für die Sanierung als Rückstellungen vorhanden. Dies wurde von der Aufsichtsbehörde ADD auch so anerkannt. Das sich genau diese ADD nun auf eine

kannt. Das sich genau diese ADD nun auf eine veränderte POP Richtlinie der EU zurückzieht und die Stadt mit der Bewältigung der Altlast alleine lässt, sollte gerade vor einer Landtagswahl kritisch hinterfragt werden.

Unverständlich bleibt für uns - damit liegen wir mit der SPD Gartenstadt vollkommen auf einer Linie - , dass die Bürger vor einer Entscheidung des Stadtrates nicht auf einer Versammlung umfassend aufgeklärt wurden und unser diesbezüglicher Antrag abgelehnt wurde.

Sehr positiv entwickelt sich die Situation im Ebertpark vor allem dank der Aktivitäten des Förderkreises und der GAG. Wir hoffen, dass die Wiedereröffnung des Turmrestaurants ein voller Erfolg wird und erwarten, dass auch ein Angebot für den kleinen Geldbeutel vorhanden sein wird und wünschen uns auch einen wirtschaftlichen Erfolg für die GAG.

Im Jahr 2013 findet das Deutsche Turnfest in der Metropolregion statt. In der langfristigen Finanzplanung sind hierfür keinerlei Mittel eingestellt. Beim letzten Turnfest in Frankfurt entwickelte sich ein finanzielles Fiasko mit Kosten von etwa 25 Millionen Euro. Mannheim rechnet mit 2,8 Millionen Euro Zuschuss. Wir gehen angesichts der desolaten Haushaltslage davon aus, dass Ludwigshafen sich nicht mit nennenswerten Kosten beteiligt.

Der Antrag der FDP zur Öffentlichen Ordnung - Produkt Sicherheit und Ordnung findet unsere volle Unterstützung, da auch meine Nachfragen zu diesem Bereich bei den Haushaltsberatungen nur unbefriedigend beantwortet wurden.

Das Sparen ist ein sehr schwieriger Prozeß, als Folge des Benchmarkprozesses sollen über 18 Millionen Euro eingespart werden. Die Umsetzung erfolgt sehr schleppend und zieht sich über Jahre hin. Wir sehen es als eine Selbstverständlichkeit an, dass der Stadtrat angesichts der gerade beschlossenen Gebührenerhöhungen für die Bürger, auch weiter bei sich selbst zu spart . Als ersten kleinen Schritt und ein Zeichen beantragen wir daher die Kürzung der Aufwandsentschädigung für Stadträte und der Zuschüsse an die Fraktionen um 10 Prozent.

die Fraktionen um 10 Prozent.

Es liegt hier auch ein Antrag auf Erhöhung des Gewerbesteuersatzes um 10 Prozent vor. Auch wird sind der Meinung, dass zuwenig Gewerbesteuer gezahlt wird. Allerdings müssen wir auch die Realitäten anerkennen, und diese sagen ganz eindeutig, dass die BASF leider die Entscheidung vom Stadtrat weggenommen hat und selbst in Verhandlungen mit der Stadt über ihre Zahlungen entscheidet. Es ist in der Vergangenheit schon viel darüber diskutiert worden, wir sehen hier leider keine Veränderungen, die eine Erhöhung sinnvoll erscheinen lassen.

Da dies Herr Bürgermeister Zeiser, Ihr letzter Haushalt ist, den Sie einbrachten und über den wir heute zu entscheiden haben, ist es mehr als angebracht, eher sogar ein Pflicht, Ihnen ein paar Worte zu widmen. Es ist unstrittig, dass Sie sich in 21 Jahren Ihres Wirkens für Ludwigshafen große und auch sicher über den Tag hinaus bleibende Verdienste erworben haben. Dafür möchte ich Ihnen im Namen meiner Fraktion gleich zu Beginn ein herzliches Dankeschön sagen. Gestattet sei auch ein kleiner Rückblick auf die Situation, die Sie als neuer, damals junger Kämmerer in der Nachfolge von Dr. Weber vorgefunden hatten. Als Sie 1990 kamen, durften Sie zurecht davon ausgehen, dass Sie die Kasse einer "reichen Stadt" übernehmen dürfen. Wenige Monate davor, nämlich Ende 1989 hatte die BASF gerade ein herausragendes Ergebnis mit einem Gewinnzuwachs von 40 % verkündet. Infolgedessen legte sie zur Überraschung auch der Verwaltungsspitze, wenn ich richtig informiert bin, runde 150 Mio. DM zusätzlich an Gewerbesteuer in das Stadtsäckel. Zusätzlich heißt, zu den insgesamt, also von allen Gewerbesteuerzahlern in unserer Stadt bereits geleisteten 360 Mio. DM. Wohin auf die schnelle mit dem vielen Geld, war damals die Herausforderungen, weil Übertragungen von nicht verbrauchtem Geld ins nächste Jahr nicht so einfach möglich war. Man tat, was die Schwaben sogar zuerst getan hätten, man legte das meiste davon in die Rücklage, denn so schnell waren geeignete Projekte gar nicht zu beschaffen. Soweit Ihre Eröffnungsbilanz.

Was danach aber kam, war ein fast totaler Absturz, man könnte es kurz so bezeichnen: Von nun an ging's bergab. Mit der Wiedervereinigung brach auch die Wirtschaft ein. Eine in Hamburg



einigung brach auch die Wirtschaft ein. Eine in Hamburg erscheinende Zeitung brachte es in einer Überschrift wie folgt auf den Punkt: "Die Deutsche Großindustrie hat sich vom Finanzamt verabschiedet!" Neben der Körperschaftssteuer brach auch die Gewerbesteuer ein. Erst Ende der 90er-Jahre gab es wieder Licht am Ende des Tunnels, mit dem Ergebnis, dass die Altfehlbeträge - uns bekannt als Kassenkredite - "nur" noch rund 66 Mio. Euro betragen und sogar 3 Mio. Euro "Altschulden" getilgt werden konnten. Doch dann, wie so oft in den zurückliegenden Jahrzehnten, reduzierte die Industrie wieder ihre Steuerzahlungen.

Nun nahm das Fiasko auch in unserer Stadt seinen Lauf. Von 2002, also zu Beginn Ihrer Ära, Frau Oberbürgermeisterin, bis heute steigerten sich die Kassenkredite von damals rund 100 Mio. Euro auf über 600 Mio. Euro, was mit den Investitionsdarlehen zu jenem riesigen Schuldenberg von rund 1,2 Milliarden Euro führte. Tragischerweise gehört auch dies zur Ihrer Bilanz, Herr Bürgermeister. Es würde meinen Zeitrahmen sprengen, würden ich jetzt die alten Gegensätze alle aufzählen. Ich möchte mich auf zwei Dinge beschränken, wo wir schon immer eine gegenteilige Auffassung vertreten haben. Dies ist zum einen der Einsatz von McKinsey, der damals runde 20 Mio. DM kostete und von dem Sie stets behaupteten, ohne diese Beraterfirma wären unsere Schulden noch um 100 Mio. höher, was aber aus unserer Sicht nie auch nur ansatzweise belegt wurde. Der zweite Punkt ist das Gewinnabführungsabkommen mit der BASF und die damit verbundene Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes um 30 Prozentpunkte von 390 auf 360. Natürlich wissen wir auch, dass die BASF als Globelplayer ihre Bilanz steuerfreundlich oder steuerunfreundlich gestalten kann. Aber der Kontakt zur BASF scheint aus Sicht unserer Fraktion doch seit 2002 viel besser geworden zu sein. Da hätte es doch möglich sein müssen, die Herren in der BASF-Vorstandsetage davon zu überzeugen, dass ohne eine angemessene Finanzausstattung die Infrastruktur des Standortes nicht aufrecht zu erhalten ist. Die Absenkung der Gewerbesteuer erscheint uns auch heute noch als Fehler. Man muss sich nur den normalen Ansatz des Jahres 1989 mit 360 Millionen DM, also rund 185 Millionen Euro, vor Augen halten, um zu erkennen, wie viel Geld heute weniger vorhanden ist,

trotz der Geldentwertung in diesen über 20 Jahren und den dazu noch gewachsenen Aufgaben.

Lassen Sie mich Ihnen abschließend schon heute unsere guten Wünsche für einen gesunden und erlebnisreichen Ruhestand mit auf den Weg nach Kusel geben.

Alles Gute für Sie, Herr Bürgermeister Zeiser.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.